Berlin.
Freitag, 20. März

(Abend-Ausgabe.)

# National-Zeitung.

№ 134.
1857. — 10ter Jahrgang.

Abonnement f. Berlin: viertelj. 1 ℛ 20 Sgr., für ganz Preußen 2 ℛ 12½ Sgr.; für das übrige Deutschland 2 ℛ 24 Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an; f. Berlin d. Exped. Lindenstr. 81.
Inserate: die Petitzeile 2½ Sgr.

## Inhalt.

**Deutschland.** Berlin: die Einnahmen des Zollvereins in 1856; die Zollkonferenz. Frankfurt a. M.: Diplomatisches Karlsruhe: Preßverwarnung. Stuttgart: aus der Kammer. München: Uebereinkunft wegen des Gerichtsstandes bei Konkursen. Koburg: Berufung der Ständeversammlung. Hannover: aus den Kammern.
**Oesterreichischer Kaiserstaat.** Wien: zum Konflikt mit Sardinien; zur Unionsfrage; das Bergwerksgesetz; der dalmatinische Zolltarif; die Napoleonsstatue in Mailand.
**Frankreich.** Paris: die neuenburger Frage; der Sundzollvertrag; Tagesbericht.
**Großbritannien.** London: Parlamentsverhandlungen (der Sundzollvertrag); Wahlberichte.
Berliner Nachrichten.
Provinzial-Zeitung.

## Deutschland.

* **Berlin**, 20. März. Die provisorische Abrechnung über die gemeinschaftlichen Einnahmen des Zollvereins an Zollgefällen während des Jahres 1856 stellt nach einer Mittheilung der „Pr. Corr." eine Gesammt-Brutto-Einnahme von 26 Mill. 358,054 Thlr. heraus. Davon wurden erhoben in Preußen 16 Mill. 677,324 Thlr., in Luxemburg 81,236 Thlr., in Baiern 1 Mill. 054,683 Thlr., in Sachsen 2 Mill. 311,827 Thlr., in Hannover 2 Mill. 561,963 Thlr., in Württemberg 374,359 Thlr., in Baden 746,995 Thlr., in Kurhessen 300,989 Thlr., im Großherzogthum Hessen 447,623 Thlr., in Thüringen 333,947 Thlr., in Braunschweig 297,424 Thlr., in Oldenburg 216,879 Thlr., in Nassau 86,958 Thlr., in Frankfurt a. M. 865,841 Thlr. Von diesen 26 Mill. 358,054 Thlrn. gehen 961,577 Thlr. ab, nämlich für Vergütungen aus Anlaß der Register-Revision 3183 Thlr., für zurückgezahlte irrthümlich erhobene Gefälle 38,896 Thlr. und für Export-Vergütungen 919,497 Thlr., so daß 25 Mill. 396,477 Thlr. bleiben. Dazu kommen 79,450 Thlr. als Gefälle für Freipässe, 6512 Thlr. Frankfurter Meß-Rabatt und 67,158 Thlr. als Rabatt auf Gegenstände überseeischen Ursprungs; ergiebt in Summa eine gemeinschaftliche Brutto-Einnahme von 25 Mill. 549,599 Thlr. Von dieser kommen wieder in Abzug die Kosten der Zollerhebung und des Zollschutzes an den Außengrenzen, so wie die sonstigen Ausgaben mit 2 Mill. 733,445 Thlr., bleiben 22 Millionen 822,400 Thlr., und nach Abzug von 6246 für Luxemburg im Ganzen 22 Millionen 816,154 Thlr. zur gemeinschaftlichen Theilung. Davon erhält Preußen 11 Mill. 585,446 Thlr., hat also 3 Millionen 378,671 Thlr. herauszuzahlen; Luxemburg 125,039 Thlr., hat also 131,285 Thlr. zu empfangen; Baiern 3,000,733 Thlr., empfängt also 2 Millionen 250,186 Thlr. zu der von ihm zur Theilung gestellten Summe. Auf Sachsen fallen 1 Mill. 345,657 Thlr., dasselbe hat also 834,128 Thlr. herauszuzahlen; auf Hannover 2 Mill. 346,584 Thlr., hat 346,728 Thlr. zu empfangen, auf Württemberg 1 Mill. 101,852 Thlr., empfängt 746,623 Thlr., auf Baden 866,397 Thlr., empfängt 441,549 Thlr., auf Kurhessen 468,306 Thlr., empfängt 188,797 Thlr., auf Hessen-Darmstadt 559,664 Thlr., empfängt 122,247 Thlr., auf Thüringen fallen 676,823 Thlr., empfängt noch 342,946 Thlr., auf Braunschweig 162,185 Thlr., hat 99,327 Thlr. herauszuzahlen; auf Oldenburg 294,873 Thlr., empfängt noch 170,429 Thlr.; auf Nassau 282,595 Thlr., empfängt noch 196,215 Thlr., während Frankfurt a. M. 624,879 Thlr. herauszuzahlen hat.

— Der „Magdeb. Korresp." erhält von hier aus über die gegenwärtig hier stattfindende Zollkonferenz einige Mittheilungen, denen wir Folgendes entnehmen, um die Grenzen anzudeuten, innerhalb deren die Konferenzen sich bewegen. Den Sanguinikern, welche den deutsch-österreichischen Handelsverband schon fix und fertig daraus hervorgehen sehen, ist zu bemerken, daß Oesterreich allerdings die gegenwärtig hier tagende Konferenz, als Vorbereitung für die im Jahre 1860 zu erzielende Zolleinigung, zur Berathung mehrerer österreichischen Vorschläge aufgefordert hat, welche zum Zwecke haben, den Tarif des Zollvereins demjenigen Oesterreichs anzupassen. „Gleichzeitig sah Oesterreich jetzt schon gemachte Vorschläge zur vollkommenen Zolleinigung sind von preußischer Seite von vorn herein zurückgewiesen worden, und es wird daher die Konferenz nur über die einzelnen, obenbezeichneten Tarifänderungen zu berathen haben. Es möchte sehr zweifelhaft sein, ob man von preußischer Seite diesen Tarif-Aenderungen beizustimmen sich veranlaßt fühlen könne. Dieselben richten sich zunächst vorzüglich darauf, den Unterschied aufzuheben, welcher zwischen der österreichischen und preußischen Tarifirung darin besteht, daß die preußische — oder vielmehr zollvereinsständische — keinen Unterschied zwischen den feineren und gröberen Waaren macht und nur nach dem Gewichte oder Maß, ohne Rücksicht auf die Qualität, den Zoll erhebt. Könnte man sich nun auch dem österreichischen Tarifirungsprinzipe, das die Qualität der Waaren bei der Zollerhebung ebenfalls berücksichtigt, wohl anschließen, so ist doch der ganze österreichische Tarif auf der andern Seite so durchaus auf das Prohibitivsystem gestützt, daß man mit Recht die ernstesten Bedenken gegen eine diesseitige Annäherung an denselben hegen muß."

**Frankfurt a. M.**, 20. März. Gestern gab der preußische Bundestagsgesandte, Hr. v. Bismarck-Schönhausen, dem russischen Gesandten am deutschen Bunde, Herrn Staatsrath v. Fonton, ein Antrittsdiner, zu welchem die Mitglieder des diplomatischen Korps geladen waren. (Fr. J.)

**Karlsruhe**, 18. März. Die hier erscheinende „Badische Landeszeitung" hat wegen Mittheilung eines falschen Gerüchts von der Ernennung eines Obersten zum General durch ein dem Verleger auf dem Stadtamte verlesenes Ministerial-Reskript eine Verwarnung dahin erhalten, daß, falls nochmals eines solchen Vergehens sich gedachte Zeitung schuldig machen sollte, die Entziehung der Konzession eintreten würde. (Fr. J.)

**Stuttgart**, 18. März. Die Kammer der Abgeordneten hat heute den Bericht der Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend den Strafvollzug in dem Zellengefängniß zu Stuttgart, begonnen. Der Bericht spricht sich für Einführung der Zellenhaft nach dem sogenannten pennsylvanischen System aus. (Wir gaben den Hauptinhalt des Berichts in Nr. 120 der Nat.-Ztg. Red.)

* **München**, 17. März. Zwischen Baiern und der freien Stadt Frankfurt ist kürzlich eine Uebereinkunft geschlossen worden zur gegenseitigen Anerkennung der Universalität des Gerichtsstandes bei Konkursen, wonach sich die Wirksamkeit des von dem zuständigen Gericht eröffneten Konkurses auch auf das im Gebiet des anderen Staats befindliche Mobiliarvermögen des in Konkurs Erklärten erstrecken soll.

**Koburg**, 18. März. Auf den 25. d. M. ist die neugewählte Ständeversammlung des Herzogthums Koburg zur Eröffnung zusammenberufen. Von den hervorragenden Mitgliedern der vorigen Versammlung ist lediglich deren Präsident, Bürgermeister Oberländer, wieder gewählt, da die übrigen sich eine Wiederwahl verbeten hatten. Die politische Färbung der Versammlung dürfte indeß keine von der vorigen wesentlich verschiedene werden. (N. K.)

§ **Hannover**, 18. März. Die erste Kammer hat bereits vor einigen Tagen die dritte Berathung über das neue Finanzkapitel zu Ende gebracht. In einer Sitzung wurde dieselbe vollendet, und bei der Abstimmung über das ganze Gesetz erhob sich nur der Schatzrath v. Bothmer gegen dasselbe. In zweiter Kammer beginnt heute die letzte Berathung über das Finanzkapitel. Ob die vereinigte Oppositionspartei ihre in der zweiten Berathung gestellten Anträge schriftlich wiederum einbringen wird, muß abgewartet werden. In der zweiten Berathung, welche mehrere Tage lang dauerte, ist kein Antrag der Opposition gegen die Mehrheit durchgebracht worden. Es ist möglich, daß diese dritte Berathung entweder schon heute oder doch morgen zu Ende gebracht werden wird. Der Geh. Finanzrath Lang, einst der Führer der Opposition in zweiter Kammer, steht gegenwärtig auf das Entschiedenste zur Regierung. Täuschen wir uns nicht, so ist das neue Finanzkapitel hauptsächlich durch ihn geschaffen worden. — Die beiden ständischen Eisenbahnkommissarien für 1855—56, Schatzrath v. Bothmer und Hr. Lang, haben ihren Bericht für diesen Zeitraum der allgemeinen Ständeversammlung überreicht. Wenn nun das hannoversche Landesbauunternehmen in dem Rechnungsjahre für 1. Juli 1855—56 an Ausdehnung zugenommen hat, so ist doch dessen Rentabilität im Ganzen wiederum zurückgegangen. Dies aber ist hauptsächlich durch das Hinzukommen des Betriebes auf der Süd- und Westbahn veranlaßt worden. Allein auch die ältern Eisenbahnen sind in ihren Erträgen gegen das Vorjahr um 113,578 Thlr. 8 Ggr. 9 Pf. zurückgeblieben, so daß von der Gesammteinnahme nur 41,85 Prozent Reinertrag übrig geblieben ist. Im Vorjahr dagegen betrug der Reinertrag noch 49,8 Prozent. Von den für die Südbahn bewilligten Baukosten zum Betrage von 11 Millionen 343,067 Thlr. waren bis 1. Juli 1856 verwandt worden: 9 Mill. 966,059 Thlr. 9 Ggr. 6 Pf.; für die Westbahn waren bis zum 1. Juli 1856 ausgegeben worden: 6 Mill. 620,898 Thlr. 18 Ggr. 8 Pf. Die finanziellen Ergebnisse des Eisenbahnbetriebes für das Jahr vom 1. Juli 1855/56 waren: daß sie die Summe von 3,389,450 Thlr. 14 Ggr. 11 Pf. einbrachten. Hiervon sind indessen an die auswärtigen Eigenthümer der verschiedenen Bahnstrecken zu zahlen: 300,378 Thlr. 4 gGr., so daß bleiben 3,089,072 Thlr. 10 gGr. 11 Pf. Die Betriebskosten betragen: 1,987,533 Thlr. 15 gGr. 11 Pf., so daß sich von den Betriebseinkünften ein reiner Ueberschuß ergiebt von: 1,101,538 Thlr. 19 gGr. — In der zweiten Kammer wird in allernächster Zeit ein neuer Schatzrath zu wählen sein. Es sollen sich verschiedene Persönlichkeiten um diese Stelle bewerben. Die Sundzollfrage ist allerdings in den Kammern erledigt worden, allein die Angelegenheit wurde vertraulich behandelt. Werden trotzdem in diesem oder jenem Blatte Spezialitäten darüber gebracht, so mag das von dem Mitheiler verantwortet werden.

## Oesterreichischer Kaiserstaat.

⊙ **Wien**, 18. März. Seit gestern verlautet in gutunterrichteten Kreisen, Frankreich habe die Geneigtheit zu erkennen gegeben in dem österreichisch-piemontesischen Konflikte vermittelnd einzuschreiten. Die Vorliebe des Tuilerienkabinets für diplomatische Mediationen aller Art läßt diese Meldung leichten Glauben finden. Eine Grundlage für erfolgreiche Vermittelung erschiene übrigens von österreichischem Standpunkte aus nur dadurch geboten, daß Piement sich entschlösse, jede Absicht den österreichischen Besitzstand in Italien in Frage zu stellen, entschieden zu desavouiren, da bis jetzt die Redewendungen des Grafen von Cavour hier keineswegs die Ueberzeugung abzuschwächen vermocht haben, daß seine Politik es auf die ganze österreichische Herrschaft in Italien abgesehen habe. Nachrichten aus Mailand zufolge ist man dort mit der Zusammensetzung des Kabinettes, welches dem Generalgouverneur, Erzherzog Ferdinand Max, zur Seite stehen wird, wohl zufrieden. — Mehrere wichtige Gesetzentwürfe, z. B. der Gemeinde-, Gewerbsgesetzentwurf u. s. w., sind aus dem Stadium der Berhandlung im Reichsrathe noch nicht herausgetreten; indeß dürfte deren Inkrafttretung und Veröffentlichung schwerlich mehr lange auf sich warten lassen.

* **Wien**, 19. März. Nach einer dem Korrespondenten der „B. H." zugekommenen „verläßlichen Mittheilung" ist dem k. k. Kabinette im telegraphischen Wege aus London sehr beruhigende Auskunft über das Verhalten Englands in der Unionsfrage zugekommen. Die französische Politik, welche an dem Triumvirat Palmerston, Buol und Reschid zu rütteln bestrebt ist, habe bis zur Stunde in London noch keine Bresche legen können, und das Kabinet von St. James zeige sich jetzt noch immer so fest in seinen mit dem Wiener Kabinet gemeinschaftlich gehegten Ansichten, bezüglich der Unzulässigkeit der Union in den Fürstenthümern, wie ehedem. Hier bildet diese Frage fortwährend den Brennpunkt der bei dem Grafen Buol stattfindenden Konferenzen, an welchen Baron Koller, Fürst Kallimaki und Sir Hamilton Seymour Theil nehmen. Wiewohl Baron Koller bereits gestern aus den Händen des Kaisers seine Kreditive entgegen nahm, welche ihn als k. k. Gesandter am Berliner Hofe akkreditiren, so wird er doch noch nicht so bald nach Berlin abgehen. (Der „Oestd. Post" zufolge schon am 26. d. M.) Der erste Legationssekretär der k. k. Gesandtschaft am Berliner Hofe, Graf Trautmannsdorf, erhält eine andere Bestimmung. An seine Stelle kommt der gegenwärtig im Ministerium des Aeußern in Verwendung stehende Legationsrath Weiß von Starkenfels nach Berlin. — Die „Wiener Zeitung" theilt amtlich ein kaiserliches Patent mit, welches die bis jetzt gesetzlich bestandene und im §. 123, 2. Absatze des allgemeinen österreichischen Berggesetzes aufrecht erhaltene Verpflichtung der auf Gold und Silber bauenden Berg- und Waschwerksbesitzer, ihr bei dem Berg- und Waschwerksbetriebe gewonnenes Gold und Silber im nächsten Monate nach der Darstellung desselben in die k. k. Aerarial-Einlösung abzuliefern, sowie die Obliegenheit jener Bergwerksbesitzer, welche das Gold und Silber nicht auf eigenen Werkstätten darstellen, ihre gold- und silberhaltigen Erze und Schliche an die k. k. Hüttenwerke zur Einlösung abgeben zu müssen, aufhebt, und jedem Besitzer eines Berg- oder Wasch-Werkes mit seinen gewonnenen Metallen, Erzen und Schlichen freie Verfügung gestattet. — Die „Oesterr. Ztg." bespricht den neuen Zolltarif für Dalmatien. „Schon zu einer Zeit, in der noch ein hoher Schutzzoll in Oesterreich bestand, hatte die k. k. Regierung aus Rücksicht für ungünstig gelegene Gebiete des Reiches wesentliche Ausnahmen von dem allgemeinen Zolltarif eintreten lassen. Der 1830 in Dalmatien eingeführte Tarif hatte viel niedrigere Sätze, als der in den übrigen Theilen des Landes gültige. Die inzwischen eingetretene totale Aenderung in den Zöllen des Gesammtstaates kehrte aber das bis dahin bestandene Verhältniß um, und der Zoll in Dalmatien wurde dadurch ein höherer als in den Kronländern, die gar keine begünstigte Ausnahmestellung einnehmen sollten. Dalmatien ist der Vermittler zwischen der nordwestlichen Türkei und den östlichen Küsten des schwarzen Meeres. Die Türkei, sein unmittelbares Hinterland, empfängt durch den dalmatinischen Handel Rohprodukte — Fische, Holz u. s. w. — und Fabrikate mancher Art. Es giebt dafür Getreide, Hülsenfrüchte, Schlacht- und Zugvieh, Gartengewächse u. s. w. zum Theil für die Ausfuhr, zu einem großen aber für den Konsum im Lande selbst zurück. Von einer eigentlichen Industrie kann in Dalmatien nicht gesprochen werden. Allein jeder Ausdehnung des Verkehrs in Dalmatien stand bisher der hohe Zoll entgegen. Eine k. Verordnung vom 18. Februar d. J., welche am 1. Mai in Kraft tritt, bringt nun eine Reform, welche der natürlichen Entwicklung des Handels in diesem Lande ungehinderteren Lauf lassen wird. Zollfrei dürfen eingeführt werden sowohl zu Lande als zur See fast alle Rohprodukte, zu Lande allein, wahrscheinlich mit Rücksicht auf den Verkehr mit Bosnien und der Herzegowina Weizen, Mais, Hafer, andere Getreidearten und Hülsenfrüchte. Eine zweite Maßregel von großer Bedeutung ist die Tarifirung einer großen Anzahl von Fabrikaten, die nur die Hälfte des Einfuhrzolles zahlen, wenn sie aus dem allgemeinen österreichischen Zollverband kommen. Eine so ansehnliche Reform des dalmatinischen Zolltarifs würde aber wahrscheinlich von Ausfällen in den Einnahmen der Staatskassen begleitet gewesen sein, wenn die k. Regierung nicht gleichzeitig Abänderungen in der für das Kronland geltenden Verzehrungssteuer getroffen hätte. Um die Mindereinnahmen der Zollämter auszugleichen, ist die Accise erhöht worden, jedoch ist die Erhöhung nicht im Entferntesten in dem Maße vorgenommen worden, daß der wohlthätige Einfluß ermäßigter und aufgehobener Zölle paralysirt würde." — Erzherzog Ferdinand Maximilian wird am 20. d. seinen Posten als Generalgouverneur des lombardisch-venetianischen Königreichs in Venedig antreten, d. h. denselben mit einer Präsentirung der dortigen höchsten Staatsbehörden einweihen.

— Der Pariser „Moniteur" meldet aus Mailand, 13. März: „Ich habe bereits das Dekret zu Ihrer Kenntniß gebracht, durch welches der Kaiser Franz Joseph in dem Augenblicke, wo er im Begriffe stand, Mailand zu verlassen, die Wiederaufstellung der Statue Napoleon's I. im öffentlichen Garten von Mailand und die Errichtung derselben auf einer Anhöhe, welche zu seiner Aufnahme bestimmten Piedestals verfügte. Die Worte, welche diesen Befehl veranlaßten, sind bemerkenswerth und sind mir von einer Person berichtet worden, die den Kaiser bei dem Besuche begleitete, welchen er der Akademie der schönen Künste abstattete. Als man dem Kaiser das in einen dunkeln Winkel des Gebäudes verwiesene Standbild Napoleon's zeigte, bemerkte er: „„Das ist nicht der richtige Platz für dasselbe; es muß frei vor den Blicken Aller dastehen. Napoleon hat so viel für Mailand gethan, daß es nicht mehr als recht und billig ist, wenn Mailand seine Züge an jedem Tage und zu jeder Stunde sehen kann."" Dieser große Akt der historischen Gerechtigkeit hat in der Stadt den lebhaftesten und günstigsten Eindruck hervorgebracht und die hocherigen Gesinnungen, aus welchen er hervorgegangen ist, haben in der österreichischen Presse den lautesten und einstimmigsten Wiederhall gefunden."

## Frankreich.

△ **Paris**, 18. März. Graf Hatzfeld hatte heute eine längere Unterredung mit dem Grafen Walewski und das Gerücht knüpft hieran die allerdings nahe liegende Vermuthung, daß die Konferenz endlich zur dritten Sitzung gelangen werde. Man begreift hier nicht recht die Zögerungen im Gange einer Verhandlung, deren Ergebniß doch von vorn herein Niemand zweifelhaft ist; dem französischen Geiste sagt unter solchen Umständen eine Reihe von Schwierigkeiten und Bedenken wenig zu. — Was den Sundzollvertrag betrifft, so hat Dänemark die Entschädigungssumme nach dem durchschnittlichen Ertrage von 9 Friedensjahren berechnet; es sind dies die Jahre 1842 bis 1847 und 1851 bis 1853. 1848 bis 1850 und 1854 bis 1856 wurden unberücksichtigt gelassen, erstere wegen des schleswig-holsteinischen, letztere wegen des orientalischen Krieges. Die Zahlung wird nicht in Kopenhagen, sondern in der Hauptstadt jeder der betreffenden Mächte erfolgen. Frankreich wird die ihm obliegende Zahlung nicht auf einmal, sondern in halbjährigen Raten leisten; der dänische Reichsthaler ist zu 2 Frcs. 80 Centimen angesetzt. — Die Nachricht aus Athen, nach welcher Griechenland Entschädigung für die französische Okkupation erhalten soll, soweit sie der Staatskasse Lasten aufgelegt hat, wird mit Vorsicht aufzunehmen sein. — Ferud Khan hat seine Reise nach London noch um 2 oder 3 Tage verschoben. Ende der Woche wird dieselbe aber jedenfalls erfolgen. Er kehrt hierher Ende des Monats zurück und wird, soviel bis jetzt bestimmt ist, bis zum Juni in Paris bleiben. — Einiges Aufsehen hat hier der Charlatanismus eines großen Modemagazins erregt, welches sich erlaubte, in den Blättern anzukündigen, daß es durch die persische Gesandtschaft eine Sendung ächter indischer Kaschmirshawls erhalten. Ob europäische Diplomaten neben ihrer politischen Rolle zuweilen auch kleine Geschäfte machen, wie dies in neuester Zeit vielfach behauptet worden, mag dahingestellt bleiben; die Betreffenden haben sich gegen diese Anschuldigung feierlichst verwahrt. Um so weniger begreift man hier, wie die Polizei, die sich doch sonst mit den unschuldigsten Dingen befaßt, einem Modehändler gestattet, den persischen Gesandten als seinen Geschäftsreisenden darzustellen.

△△ **Paris**, 18. März. Man glaubt, daß in den längeren Konferenzen, welche Graf Walewski bald mit dem Grafen Hatzfeld, bald mit Dr. Kern in der Schweizerischen Angelegenheit abhält, die Regelung der Einzelheiten fortschreitet; dagegen soll in der Formfrage, ob bei den Verhandlungen vom Londoner Protokoll, also der Anerkennung der Souveränetätsrechte Preußens, oder vielmehr von der Voraussetzung, daß Preußen auf dieselben Verzicht leiste, auszugehen sei, noch immer kein Einverständniß erreicht sein. — Die Unterhandlungen mit England wegen der gemeinschaftlichen Operationen gegen China werden fortgesetzt und es wird die Behauptung erneuert, daß die englische Regierung ein nicht unbeträchtliches französisches Truppenkontingent für das Unternehmen gestellt zu sehen wünscht; ob die hiesige Regierung darauf eingehen wird, ist noch nicht gewiß. — Mit der Verlegung der Strafkolonie von Cayenne nach Algerien oder Neu-Caledonien ist es in der letzten Thronrede des Kaisers in Aussicht gestellt worden,